

Professionelle Selbsthilfeunterstützung und Gemeinwesenarbeit – zwei Seiten derselben Medaille?

Gemeinwesenarbeit (GWA) ist eine sozialräumliche Strategie zur Verbesserung von Lebensbedingungen in sogenannten benachteiligten Stadtteilen. Sie bezieht sich nicht – mit pädagogischer Veränderungsabsicht – auf einzelne Individuen, sondern richtet sich ganzheitlich auf den Stadtteil (vgl. Oelschlägel 2001, S. 653), und zwar auf die Veränderung von Lebensbedingungen im Interesse der dortigen Wohnbevölkerung. Wie auch in anderen Feldern der Sozialen Arbeit, so hält gerade die GWA an der besonders liebevoll gepflegten Utopie der ›Hilfe zur Selbsthilfe‹ fest (vgl. Müller 1993). Sie sucht gemeinsam mit den Menschen im Quartier nach Lösungen für den Stadtteil und unterstützt die Bewohner/innen dabei, sich in die Gestaltung ihres Wohnbereichs einzumischen. Die Stärkung und Förderung von Selbsthilfekräften und Eigeninitiative, das »Empowerment« der Bewohner/innen, gehören zu den Grundpfeilern der Arbeit im Stadtteil: Die Fachkräfte tun möglichst nichts *ohne* und vermeiden Aktionen *für* die Leute. Vielmehr denken sie *mit* ihnen darüber nach, was diese selbst zur Verbesserung ihrer Situation tun können und wenden sich erst in späteren Stadien mit betreuenden und programmorientierten Angeboten an die Wohnbevölkerung (vgl. Hinte 2005).

Trotz (zumindest auf den ersten Blick) nah beieinander liegender Grundorientierungen bei der Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement ergeben sich zwischen den professionellen Selbsthilfeunterstützer/innen (z.B. in den Selbsthilfekontaktstellen) und den lokalen GWA-Projekten im Stadtteil im operativen Geschäft bisher nur selten Berührungspunkte. Über ›Joint-Ventures‹ dieser beiden professionellen Zugänge zur Selbsthilfeförderung ist auffallend wenig bekannt. Selbstverständlich nutzen Selbsthilfegruppen Nachbarschaftszentren und Bürgerläden als Räumlichkeit, doch Beispiele für gelungene Übergänge zwischen den verschiedenen Engagement-Formen, für systematische Kooperation liegen nach unserem Kenntnisstand kaum vor. Den Ursachen für diese »Unvermitteltheit« der beiden Arbeitsansätze wollen wir hier nachgehen, um in einem zweiten Schritt den Blick auf Schnittstellen und gemeinsame Handlungsperspektiven zu richten.

Laut der »Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.« sind Selbsthilfegruppen »freiwillige, meist lose Zusammenschlüsse, von Menschen, deren Aktivitäten sich auf gemeinsame Bewältigung von Krankheiten, psychischen und sozialen Problemen richten, von denen sie – entweder selbst oder als Angehörige – betroffen sind. [...] Die Gruppe ist dabei ein Mittel, die äußere (soziale, gesellschaftliche) und die innere (persönliche, seelische) Isolation aufzuheben. Die Ziele von SHG richten sich vor allem auf ihre Mitglieder und nicht auf Außenstehende; darin unterscheiden sie sich von ande-

ren Formen des Bürgerengagements (DAG SHG 1987, S. 5; Wohlfahrt / Breitkopf 1995, S. 43).«

Ausgehend von dieser Definition lassen sich einige grundlegende Unterschiede sowohl zwischen professioneller Selbsthilfeunterstützung und GWA als auch zwischen den von den Professionellen unterstützten und möglicherweise initiierten Selbsthilfegruppen bzw. Bürgerorganisationen festmachen.

Ressourcen- versus Defizitorientierung

Selbsthilfegruppen definieren sich in der Regel über ein bestimmtes Defizit, ein ›Leiden‹, das häufig schon im Namen der Gruppe genannt wird. Blättert man durch die einschlägigen Adresslisten, so bekommt man den Eindruck, dass sich mittlerweile zu jeder Krankheit, jeder Behinderung, jeder Störung eine Selbsthilfegruppe in Deutschland finden lässt. GWA hingegen orientiert sich prinzipiell an den Stärken der Menschen, die sich oft sogar in den vermeintlichen Defiziten abbilden, immer nach dem Motto ›Was können die Menschen, und wo machen sie mit?‹ Ein wegen Diebstahl verurteilter Jugendlicher ist oft genau der Richtige, um auf die Gruppenkasse aufzupassen; die von ihrem Mann und ihren Kindern genervte Frau blüht oft auf als Sprecherin der Mieterinitiative; und der zurückgezogene, eigenbrötlerische ältere Herr ist gelegentlich als Zauberkünstler die Attraktion auf dem Stadtteilstfest.

Selbst wenn auch in der GWA gelegentlich versucht wird, Gruppen im Stadtteil über Defizit-Zuschreibungen aufzubauen, ist dies nach unseren Erfahrungen nicht von sonderlichem Erfolg gekrönt. Denn es handelt sich hier meist um die (vermeintlichen) Defizite (z.B. Armut, Arbeitslosigkeit), die gesellschaftlicher Ächtung unterworfen sind – ein nachvollziehbarer Hinderungsgrund zur Teilnahme und Mitarbeit in solchen Gruppen.

Individuelle Probleme versus kollektive Interessen

Selbsthilfe zielt vornehmlich auf gegenseitige Unterstützung bei *individuellen* Problemen bzw. Leiden. GWA nimmt dagegen möglichst diejenigen individuellen Interessen auf, die sich *kollektiv* organisieren lassen. Das ist ein wichtiger Unterschied. Auch wir fragen nach individuellen Schwierigkeiten, aber für uns ist vor allem von Belang,

- was viele Menschen im Quartier interessiert,
- was ihnen so stark auf den Nägeln brennt, dass sie bereit sind, sich dafür zu engagieren, dafür (auch öffentlich) einzutreten,
- welche ›heißen‹ Themen im Stadtteil zu finden sind, um die herum Menschen organisierbar sind.

Man sucht nach *Kristallisationspunkten* für Aktivitäten, an denen sich möglichst viele Bürger/innen beteiligen können. In einem Programm zur Wohnumfeldverbesserung etwa finden sich in der Regel vielfältige Vorhaben, die verschiedene Gruppierungen im Stadtteil anregen, sich zu beteiligen. Dabei sind zielgruppenspezifische Aktionen nicht ausgeschlossen, aber die geschehen

dann im Kontext anderer Aktivitäten, die nicht eine bestimmte Zielgruppe stigmatisierend vorab definieren.

Binnen- versus Außenorientierung

Während in Selbsthilfegruppen in der Regel das Ziel verfolgt wird, durch gegenseitige Unterstützung und Information individuelle Problemlagen zu mildern oder zu bewältigen, geht es den Gruppierungen in der GWA um die Gestaltung und Verbesserung von Lebensverhältnissen und damit immer auch um den Kampf um Ressourcen. Beteiligung an der politischen Öffentlichkeit, die Einmischung in Stadtplanung, kommunalen Arbeitsmarkt und Wohnungspolitik sind folglich unverzichtbar. Beispiele für solch bunte Organisationen aus den oft (äußerlich) grauen Stadtteilen sind:

- das Mieternetzwerk, ein Zusammenschluss von verschiedenen Mietergruppen, um die Mieterrechte bei anstehenden massiven Wohnungsverkäufen zu schützen,
- ein türkischer Gartenverein, der die interkulturelle Öffnung des einheimischen Kleingartenwesens vorantreibt,
- der Bürgerverein, der sich seit Jahren zu verschiedenen Themen (z.B. Spielplatzsanierung, Mietkonflikte, Verkehrsberuhigung, Stadtteilstadtteilfest) engagiert, um so die Lebensqualität im Quartier zu erhöhen.

Die Aktivitäten dieser Bürger-Organisationen reichen in der Regel weit über den engen Bereich der klassischen sozialen Selbsthilfe hinaus. Handeln und Verhandeln in der Öffentlichkeit spielen bei ihnen eine wichtige Rolle. Denn die Mitglieder dieser Gruppen verstehen sich häufig auch als Interessenvertretung, als Repräsentant/innen für viele Bewohner/innen im Stadtteil.

Themenspezifisch versus sozialraumorientiert

Selbsthilfegruppen sind in der Regel nicht auf kleine räumliche Einheiten wie Wohnviertel oder Stadtteile orientiert, sondern agieren eher stadtweit und beziehen sich dabei auf ein klar eingegrenztes Thema (z.B. Essstörungen, Alkoholismus, Eltern von Mehrlingen).

GWA ist zunächst schwer vereinbar mit einer Zielgruppen- oder Ressortspezialisierung (kein reines Ausländer-, Frauen- oder Seniorenprojekt); sie bezieht sich immer auf ein in der Regel fest umrissenes Gebiet, z.B. einen Stadtteil / Kiez / Sprengel / Quartier. Selbsthilfegruppen sind in gewisser Weise (sogar sinnvollerweise) ritualisierte Veranstaltungen, die geradezu leben von einem (zumindest minimalen) Reglement. GWA dagegen setzt auf organisierte Regellosigkeit; mögliche Formen der Zusammenkünfte reichen von Hinterhofversammlungen über nur temporär bestehende bis hin zu über viele Jahre existierenden Aktionsgruppen.

Gesicherte Mittelschicht versus benachteiligte Bevölkerungsgruppen

Wie die Freiwilligensurveys immer wieder belegen ist bürgerschaftliches Engagement eine stark mittelschichtsgeprägte Aktivität: Engagiert ist, wer integriert ist (was sich in Deutschland meist durch den Besitz eines Arbeitsplatzes ausdrückt).

Um die zunehmend desintegrierten Menschen in benachteiligten Stadtteilen überhaupt zu erreichen und so den Mittelschichtsbias des bürgerschaftlichen Engagements zu überwinden, bedarf es besonderer Zugänge und Formen der Ansprache. Viele Menschen in benachteiligten Vierteln zeichnen sich eben durch eine gewisse »Beteiligungsferne« aus. Um diese Menschen in Interessen- oder Selbsthilfegruppen zu organisieren, bedarf es des Aufbaus persönlicher Beziehungen, von Vertrauen und Verständnis. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Menschen aufgrund einer Zeitungsanzeige oder einer schriftlichen Einladung zu einer Gruppe kommen, tendiert gegen Null. Nach unserer Erfahrung ist es entscheidend, anstelle werbungsgestützter Komm-Strukturen zu den Leuten zu gehen. GWA ist daher viel mit »Klinkenputzen« und dem sogenannten *nicht-intentionalen Kontakt* beschäftigt.

Als interessierte Selbsthilfegruppen-Dilettanten können wir die Hoch- bzw. Niedrigschwelligkeit der Zugänge zu Selbsthilfegruppen nicht beurteilen. Wir wissen nicht, welche kommunikativen Voraussetzungen (offen oder heimlich) bestehen, um einer Gruppe beizutreten. Die »gefühlte« geringe Dichte an Selbsthilfegruppen und das wenig ausgeprägte Selbsthilfespektrum in benachteiligten Stadtteilen lassen jedoch auf stark mittelschichtsorientierte Beteiligungsformen der organisierten Selbsthilfe schließen.

Endogene oder exogene Potentiale aktivieren

Zur Entwicklung und Gestaltung von benachteiligten Stadtteilen ist es nicht verantwortlich, allein auf die Selbsthilfe- und Selbstheilungskräfte der Bewohner/innen dieses Stadtteils zu setzen. Erstens handelt es sich um ressourcenarme Stadtteile, die sich nicht an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen können. Zweitens ist es in der »vermachteten Öffentlichkeit« zunehmend schwieriger für engagierte Bürger/innen, die sich zusammenschließen – sei es als Selbsthilfegruppe, sei es als Interessengemeinschaft –, ausreichend wahrgenommen zu werden und so nachhaltig Einfluss zu nehmen: »Trotz des Zulaufs zu selbstorganisierten Projekten ist die Leistungsfähigkeit nicht professioneller Sozialsysteme und Gruppierungen (z.B. Familie, Nachbarschaft) im Zuge gesellschaftlicher Veränderungen eher eingeschränkt« (Mielenz 1996, S. 492).

Der Erfolg bürgerschaftlichen Engagements ist eben auch von den die Lebensläufe prägenden Institutionen im Stadtteil abhängig: »Die innere Verfassung dieser institutionellen Orte (z.B. von Schulen), die je nach Lebensphase einen Großteil unseres Alltagslebens prägen, dürfte mitentscheidend für das spezifische politische Gewicht sein, das zivilgesellschaftlichen Assoziationen

und Bürgerengagement zukommt. [...] So ist in demokratiepolitischer Perspektive z.B. die »innere« und »äußere« Verfasstheit von Schulen eine wichtige Voraussetzung, um soziales Kapital und Bürgerengagement in diesem Bereich zu fördern« (Roth 2003, S. 64).

GWA setzt deshalb neben der Aktivierung der Bürger/innen auch auf die Aktivierung der Institutionen sowie der für das Quartier zuständigen externen politischen und Verwaltungsinstanzen und vermittelt zwischen diesen Systemen. Neben dem Empowerment der Bewohner/innen wird mit diesem intermediären Ansatz das Ziel verfolgt, auch exogene Potenziale für den Stadtteil zu eröffnen und die (sozialen) Institutionen dazu zu aktivieren bzw. zu öffnen, sich mit ihren Angeboten und Dienstleistungen besser an die Interessen der Wohnbevölkerung anzuschmiegen.

Ausblick: Schnittstellen und Perspektiven

Trotz der konzeptionellen Unterschiede zwischen professioneller Selbsthilfeunterstützung und GWA lässt sich dennoch – insbesondere mit Blick auf die Diskussion um die »Bürgergesellschaft« (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2002) – so etwas wie ein gemeinsames Dach definieren, unter dem diese beiden, im Kern nicht widersprüchlichen und durchaus vereinbaren Ansätze nicht nur Raum finden, sondern sogar »an einem Strang ziehen« können. GWA wie auch Selbsthilfegruppen bedürfen einer dauerhaft abgesicherten lokalen Infrastruktur, die Rahmenbedingungen, personelle Kontinuität und dauerhafte Unterstützung für bürgerschaftliche Aktivität – egal, unter welcher Überschrift – schafft. Die aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen bieten in dieser Hinsicht nichts Erfreuliches. Sowohl die GWA-Protagonisten als auch die eher auf Selbsthilfe orientierten Anwälte von bürgerschaftlichem Engagement setzen sich seit vielen Jahren für eine systematische Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen ein, die im weitesten Sinne bürgerschaftliches Engagement fördern (siehe etwa BBE 2005). Strategisch klug und konzeptionell vertretbar wäre in diesem Zusammenhang eine bessere Abstimmung sowohl der Programmatik als auch der konkreten Aktivitäten vor Ort. Einzelne Beispiele dafür gibt es schon. Schaut man sich etwa die Projektförderung seitens der Berliner Senatsverwaltung unter dem Titel »Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren« an, so zeigt sich, dass hier in durchaus vorbildlicher Weise Stadtteilzentren mit einem gemeinwesenorientierten Ansatz gefördert werden, in denen auch Selbsthilfegruppen konzeptionell wie finanzierungslogisch ihren Platz finden. Derlei gebietsbezogene Standorte aufzubauen und zu stabilisieren sowie darauf bezogene dauerhafte Förderstrukturen zu etablieren, könnte eine gemeinsame Aufgabe der landes- und bundesweit agierenden Protagonisten der jeweiligen Bereiche darstellen. Unter diesem Dach könnten die konzeptionell heterogenen, sich indes nicht widersprechenden und in der Praxis gar ausgezeichnet ergänzenden Ansätze zusammengeführt und füreinander nutzbar gemacht werden. Wenn sich indes die Forderung nach einer Engagement fördernden Infrastruktur erschöpft in Hinweisen auf Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbü-

ros oder Migrant/inneneinrichtungen, so marginalisiert man sich konzeptionell und schwächt sich strategisch. Wenn Engagementförderung einseitig bezogen wird auf ohnehin aktive bzw. bei entsprechendem Problemdruck relativ leicht aktivierbare bürgerliche Bevölkerungsgruppen (und so lesen sich zahlreiche Verlautbarungen etwa im Umfeld des »Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement« oder des »AK Bürgergesellschaft und aktivierender Staat« der Friedrich-Ebert-Stiftung), dann haben wir allenfalls ein weiteres Beispiel dafür, wie sich das fördertopfkompatible Bürgertum – durchaus respektabel – weitere Unterstützungsquellen zur Bewältigung eines zwar nicht einfachen, aber durchaus privilegierten Alltags erstreitet und damit die Kluft zwischen eher benachteiligten und eher wohlhabenderen Menschen – um nicht zu sagen: »Klassen« – erweitert. Gelegentlich drängt sich uns durchaus der Eindruck auf, dass etwa die krankenkassen- und bundestagsgestützte Lobbyarbeit von NAKOS (Nationale Kontakt und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen) durchaus inhaltsreich und konzeptionell durchdacht einem gut begründeten, aber letztlich engen bürgerlichen Selbsthilfebegriff (mit dieser nicht immer nur Mitleid erweckenden Palette von Essstörungen über Brustkrebs bis hin zu Tennisarm und Schizophrenie) aufsitzt, der bei allem guten Willen der Akteure letztlich ausgrenzende Wirkung hat. Historisch könnte es in dieser Zeit von Bedeutung sein, sowohl unter zivilgesellschaftlichen als auch konzeptionell-methodischen Gesichtspunkten die in diesem Beitrag behandelten Traditionen stärker aufeinander abzustimmen und zusammenzuführen und dadurch bei geschicktem Vorgehen (Organisation ist die Stärke der GWA!) perspektivisch dauerhaftere und wirksamere (was in der Regel heißt: gesetzesbasierte) Unterstützungsformen zu schaffen.

Auch inhaltlich spricht einiges dafür, die wechselseitige »Durchlässigkeit« dieser beiden Zugänge zur Engagementförderung zu erhöhen. Aus der Perspektive der GWA ist dies auch deshalb angeraten, weil die klassischen Selbsthilfethemen wie Gesundheit und Familienselbsthilfe in den benachteiligten Stadtteilen zunehmend an Bedeutung gewinnen:

- Insbesondere für die in benachteiligten Stadtteilen überproportional vertretene Gruppe der Migrant/innen bekommt die Frage nach dem »Altwerden in der Fremde« zunehmend Gewicht. Selbsthilfegruppen könnten hier Informationsdefizite beheben, stützende Netzwerke aufbauen und stabilisieren und die vorhandenen Institutionen der Altenhilfe bei den notwendigen Anpassungen an die kulturellen und religiösen Bedürfnisse dieser Zielgruppe begleiten (vgl. Bobzien 2005, S. 66).
- Aufgrund der wachsenden Armut werden die gesundheitlichen Defizite in den benachteiligten Stadtteilen immer größer. Daher beginnen etwa Krankenkassen sozialräumliche Programme aufzulegen, um eine ausgewogene Ernährung von Kindern oder die Bewegungsfreude von Senior/innen zu unterstützen. Lokale (und von den Kassen geförderte) Selbsthilfegruppen könnten bei der Bearbeitung dieser Probleme eine wichtige Rolle spielen.
- Benachteiligung in den Armuts-Stadtteilen wird zunehmend auch als Bildungsbenachteiligung erlebt und interpretiert. Damit bekommen Projekte,

die sich um die Verbesserung von Elternkompetenz zur Bildung der Kinder bemühen, zunehmende Bedeutung. Hier könnten GWA, Schulen, Familienbildungsstätten und Selbsthilfe sich sinnvoll ergänzen (s. dazu das Konzept der Zukunftsschule; Grimm 2006).

Auch aus methodischen Gründen ist eine stärkere Kooperation zwischen GWA und Selbsthilfe angeraten. GWA, mit ihrer starken Betonung kollektiv bearbeitbarer Interessen, läuft immer Gefahr, das Subjekt aus den Augen zu verlieren. Selbsthilfegruppen, die traditionell dem subjektiven Erleben von schwierigen, problembelasteten Situationen viel Raum geben, könnten diese Schwäche der GWA kompensieren, ohne dazu einer weiteren Ausdifferenzierung des Therapiemarktes Vorschub zu leisten.

Um eine stärkere Verschränkung von Selbsthilfe und Gemeinwesenarbeit voranzutreiben, ist es jedoch unabdingbar, dass sich die professionelle Selbsthilfeunterstützung stärker sozialräumlich orientiert. Die Vernachlässigung der Gestaltung sozialräumlicher Umwelten wurde der Selbsthilfe schon vor zehn Jahren angekreidet (vgl. Wohlfahrt / Breitkopf 1995, S. 87). Bestürzenderweise signalisiert eine aktuelle Untersuchung zur Familienselbsthilfe in NRW von 2004 keine Verbesserung dieses Zustands, sondern weist darauf hin, dass die sozialräumlichen Varianten der Unterstützung von Selbsthilfe erhebliche Defizite aufweisen, weil die Verbände der Selbsthilfe die lokalen Multiplikatoren vor Ort (wie z.B. Bürgerhäuser, Stadtteil- und Gemeindezentren) *zunehmend* außer acht lassen (vgl. Wohlfahrt 2005, S. 199).

Vor diesem Hintergrund verfolgen wir mit Interesse die Selbsthilfe-Diskurse um Alltag und Lebenswelt. 1992 wurden die zwar gemeinschaftlichen, aber »nur« alltäglichen, nicht-organisierten Formen sozialer Selbsthilfe noch begrifflich ausgeschlossen und definiert, dass Hilfeleistungen in Selbsthilfegruppen »ein ausdrückliches Ziel der künstlichen Inszenierung der Sozialbeziehungen« (Olk 1988/1992², S. 21) darstellen. Ganz anders klingen da die aktuellen Konzeptionen von »Sorgenden Netzen« (vgl. Thiel / Möller / Krawietzki 2005, S. 191/192). Diese stellen unseres Erachtens einen fließenden Übergang zwischen Selbsthilfegruppen und Gruppen aus der GWA dar, weil sie etwas unterhalb des hohen formellen Organisationsgrads von Selbsthilfegruppen ein gemeinsames Problem oder Anliegen behandeln. Das Konzept »Sorgende Netze« verzichtet auf die künstliche Inszenierung von Sozialbeziehungen und betont vielmehr, dass es sich bei den Beziehungen in einem solchen Netz um reale Lebensbeziehungen handelt. Das lässt hoffen auf die alltags- und lebensweltbezogene Wende in der Selbsthilfe!

Literatur

- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.): Förderpolitische Empfehlungen zur Stärkung und zum Ausbau Engagement fördernder Infrastruktureinrichtungen in Kommunen. Beschlossen vom Koordinierungsausschuss des BBE am 27.09.2005. Download im Internet auf http://www.b-b-e.de/uploads/media/positionspapier_infrastruktureinrichtung_051019_01.pdf; veröffentlicht in NAKOS (Hrsg.): NAKOS-INFO 85, Dezember 2005. Berlin 2005, S. 46-49
- Bobzien, Monika: Das Interkulturelle in der Selbsthilfeunterstützung. In: DAG SHG e.V. (Hrsg.): Selbsthilfegruppenjahrbuch 2005. Gießen 2005, S. 57-68
- Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (Hrsg.): Selbsthilfegruppen-Unterstützung. Ein Orientierungsrahmen. Gießen 1987

- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation. Bonn 2002
- Grimm, Gaby: Zukunftsschulen im Wohnquartier. In: HOCHTIEF Construction AG (Hrsg.): Werkbuch Zukunftsschulen im Wohnquartier. Essen 2006
- Hinte, Wolfgang: Von der Gemeinwesenarbeit über die Stadtteilarbeit zum Quartiermanagement. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Opladen 20052, S. 535-548
- Mielenz, Ingrid: Selbsthilfe, Selbstorganisation. In: Kreft, Dieter / Mielenz, Ingrid (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Weinheim; Basel 1996
- Müller, Carl Wolfgang: Selbsthilfe. Ein einführendes Lesebuch. Weinheim; Basel 1993
- Oelschlägel, Dieter: Gemeinwesenarbeit. In: Otto, Hans-Uwe / Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik. Neuwied 2001
- Olk, Thomas: Zwischen Hausarbeit und Beruf. Ehrenamtliches Engagement in der aktuellen sozialpolitischen Diskussion. In: Müller, Siegfried / Rauschenbach, Thomas (Hrsg.): Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif. München; Weinheim 1988, S. 19-36, 19922
- Roth, Roland: Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 16 (2003), H 2, S. 59-73
- Thiel, Wolfgang / Möller, Bettina / Krawielitzki, Gabriele: Selbsthilfegruppen und Familienbezug. Zur Stärkung der Familienorientierung auf der lokalen Ebene. In: DAG SHG e.V. (Hrsg.): Selbsthilfegruppenjahrbuch 2005. Gießen 2005, S. 179-192
- Wohlfahrt, Norbert / Breitkopf, Helmut: Selbsthilfegruppen und Soziale Arbeit. Freiburg 1995
- Wohlfahrt, Norbert: Familienselbsthilfe in NRW – ausgewählte Ergebnisse einer empirischen Studie. In: DAG SHG e.V. (Hrsg.): Selbsthilfegruppenjahrbuch 2005. Gießen 2005, S. 193-201

Oliver Fehren arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im »Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung« (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen. Er ist Koordinator im Stadtteilprojekt Essen-Katernberg.

Wolfgang Hinte ist Professor für Sozialpädagogik am »Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung« (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen. Er arbeitet in Forschungs- und Begleitprojekten zum Thema »Sozialraumorientierung« in Deutschland, Österreich und der Schweiz.